

# Auer Tageblatt

Druckpreis: Durch unsere Seiten frei im Haus monatlich 4.00 Mark; bei der Post halbjährlich 19.00 Mark, monatlich 3.50 Mark. Versteht wertlos. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramm: Tageblatt Auergebirge.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für den Anzeiger und den Anzeiger für das Erzgebirge 1.00 Mark, für den Anzeiger für das Erzgebirge 1.00 Mark, für den Anzeiger für das Erzgebirge 1.00 Mark. Die Anzeigenpreise sind für den Anzeiger und den Anzeiger für das Erzgebirge 1.00 Mark, für den Anzeiger für das Erzgebirge 1.00 Mark, für den Anzeiger für das Erzgebirge 1.00 Mark.

Nr. 285

Donnerstag, den 8. Dezember 1921

16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die Reparationsverpflichtungen Deutschlands an die Entente für 1922 werden sich nach einer amtlichen Berechnung auf 2342 Millionen Papiermark stellen, ohne die Leistungen aus dem Wiesbadener Abkommen, wobei natürlich der gegenwärtige Kurs der Mark zugrunde gelegt ist.

In der französischen Kammer wurden unter Wägen Hebriden auf Deutschland scharfste Angriffe gegen Irland gerichtet, der aber ein überwältigendes Vertrauensvotum erhielt.

In der irischen Frage ist eine Einigung zwischen der englischen Regierung und den Sinnfeinern erzielt worden.

### Gegen die Abwanderung aus Oberschlesien.

Eine Stimme aus Nordschleswig.

27. Aus begrifflichen Gründen hat man die Entwicklung der ober-schlesischen Frage und das Schicksal des Landes an den übrigen Grenzen Deutschlands mit höchstem Interesse und innerem Mitgefühl verfolgt. Auch hier oben in Nordschleswig bildete die ober-schlesische Frage lange Wochen Mittelpunkt des Interesses, und als der Schiedspruch des Völkerbundes durch den Obersten Rat sanktioniert wurde, als weiter die Gerüchte über die Abwanderung großer Teile der zum Auslandsdeutschtum verurteilten Bevölkerung bekannt wurden, da fühlte man den Ernst der Stunde in umso höherem Maße in Nordschleswig, als auch hier nach der sogenannten Regelung der Grenzfrage durch die Abwanderung eines Teiles des deutschen Elementes die Notlage der Bleibenden vergrößert wurde. Die nord-schlesische Frage darf sich in Bezug auf die wirtschaftliche Wichtigkeit für das ganze Deutsche Volk nicht mit der ober-schlesischen messen. Sie ist relativ von sekundärer Bedeutung. Der Unterschied zwischen den beiden Fragen ist auch auf anderem Gebiete von einschneidender Bedeutung — wenigstens wie wir ihn in Nordschleswig sehen. Das Auslandsdeutschtum im abgetrennten Nord-schleswig gliedert sich durch die diktierte Grenzziehung in ein immerhin geordnetes Staatsleben, wie Dänemark es darstellt, hinüber. Das dänische Volk ist ein geistig und kulturell hochentwickeltes Volk, das in seinem Staats- und Gemeinwesen jene Ordnung pflegt, die kleinen Ländern eigen ist. Das Los, das den Deutschen in den an Polen fallenden Gebieten Oberschlesiens blüht, ist erheblich düsterer. Also auch auf diesem Gebiete wird ein Vergleich zwischen beiden Grenzfragen hinken. Wenn in Nordschleswig der Grund für die Abwanderung einzelner Teile der Bevölkerung in der Salutarfrage zu suchen war, weil die sogenannte Regelung der Salutarverhältnisse durch den dänischen Staat im großen und ganzen unzureichend war, so liegen die Verhältnisse in Oberschlesien umgekehrt. Dennoch steht ein einleitendes Band durch das gesamte Auslandsdeutschtum. Die Zukunftsaufgabe aller jener deutschen Männer und Frauen, die auf Grund des Versailles-Friedensvertrages dazu verurteilt sind, außerhalb der Grenzen Deutschlands zu leben, kann man in zwei kurze Worte fassen: Aussharren und deutsch bleiben! Mit vollem Recht hat der Deutsche Schutzbund auf die Wichtigkeit dieser Tatsache in seinem kürzlich erlassenen Aufruf hingewiesen. Wie in Nordschleswig, so wurden dem Deutschstum in Polen und Westpreußen schwere Wunden durch die Abwanderung geschlagen. Verluste waren zu verzeichnen, die nicht so leicht wieder gutzumachen sind. Dennoch muß sich jeder abwandernde Deutsche dessen bewußt sein, daß er durch seine Abwanderung das Los der Bleibenden verschärft. Zu den seelischen Opfern kommen die materiellen. Wenn die Vorposten des Deutschstums an den Grenzen nicht aussharren, wird ein nationaler Abbröckelungsprozeß unausbleiblich sein. Dieser Prozeß wird sich konzentrisch nach dem Innern Deutschlands fortsetzen. Deshalb kann man den Ruf nach dem aussharrenden Deutschstum niemals hoch genug einschlagen. Wie soll zum Umdern der Gedanke an die Vertreibung des Friedensvertrages, die kommen muß, wahrgenommen werden, wenn die Zahl der Träger dieses Gedankens an den Grenzen zusammenschrumpft? Das Auslandsdeutschtum trägt daher in höherem Sinne die allergrößte Verantwortung dem gesamten Volk gegenüber für die Zukunft. Aus dem verhältnismäßig kleinen Beispiel, das Nordschleswig uns bot, wissen wir, welche Gefahren in der Abwanderung liegen, denn die Abwanderung bedeutet nicht nur eine numerische Schwächung der deutschen Nation, sondern sie bedeutet, daß an die Stelle eines jeden abgewanderten Deutschen ein

nationaler Gegner tritt. Daher kommt es auf jeden einzelnen Deutschen an.

Gewiß steht es oft düster im Innern Deutschlands aus. Ist so düster, daß nicht jeder über die Nervenkraft verfügt, zuberichtlich der Zukunft entgegenzusehen. Wenn aber unsere Vorposten den Kampf aufgeben und drohen, müde zu werden, dann gestaltet sich das Zukunftschicksal des deutschen Volkes düsterer, als es jetzt schon ist. Gerade das Auslandsdeutschtum soll mit zurecht Beistand vorangehen. Der zuberichtigte Glaube, daß wir hindurchkommen, muß genährt werden, ja, muß stets neu gespeist werden durch die Quellen und das Beispiel des Auslandsdeutschstums. Der Lohn für treues Aussharren wird dem Auslandsdeutschtum nicht heute oder morgen werden. Aber wir sind gewiß, daß er eines Tages da ist; umso schöner, je größer die Opfer waren. Darum hört, Oberschlesier, auf diese Stimme aus Nordschleswig: Aussharren und deutsch bleiben!

### Hardings Botschaft.

Wahrscheinlicher Erfolg der Washingtoner Konferenz. Schuldenebeglung — Sache des Kongresses.

In seiner Botschaft an den Kongress sagte Harding, die Republik der Vereinigten Staaten sei von keinem Kriege bedroht und erweise sich eines Friedens, der angesichts der Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Abrüstungskonferenz von Dauer zu sein verspreche. Die zehn Jahre währenden Kriege hätten Verwirrungen angerichtet, die zu Schwierigkeiten führten, deren Größe nur von denen richtig eingeschätzt werden könnte, die sie aus nächster Nähe beobachteten und an verantwortlicher Stelle ständen. Die Schwierigkeiten seien noch verschlimmert worden durch die Tatsache, daß sie nicht nur nationaler, sondern auch internationaler Natur und über den ganzen Erdball verteilt seien. Schwierigkeiten auf moralischem und wirtschaftlichem Gebiet, die in gleichem Maße die Vereinigten Staaten wie die Menschheit angingen. Der Präsident sagte er beabsichtige nicht, ein Programm für die Wiederherstellung der Welt zu geben, das sei Angelegenheit der am meisten interessierten Nationen, aber die Vereinigten Staaten können daran mithelfen. Sie hätten auch die Absicht, das zu tun mit bewußter völliger Uneigennützigkeit, denn Handel und Waren Austausch seien nur möglich, wenn die Nationen aller Erdteile wieder in eine normale und stetige Lage kommen. Wenn die Konfliktierung und Regelung der gefundeten Zinsen ermöglicht werden kann, so wird das für die Amerikaner selbst von Vorteil sein und wird die Beziehungen der Schuldner zu den Vereinigten Staaten verbessern.

Der Präsident kam dann auf das Problem der Seeschifffahrt zu sprechen. Er erinnerte daran, daß die vollziehende Gewalt im Interesse der Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine in der Welt alle bestehenden Handelsverträge aufkündigen müsse, um in die Lage zu kommen, die Einfuhr von Waren, die von amerikanischen Schiffen nach Amerika transportiert würden, herabzusetzen. Das sei übrigens auch der Wunsch des Kongresses. Der Präsident kam darauf auf den Gesetzentwurf über den Zolltarif zu sprechen und erklärte, das Gesetz sei notwendig, um der amerikanischen Industrie Stetigkeit zu verschaffen. Es müsse angenommen werden, denn es sei unvermeidlich, mit der Außenwelt sichere Handelsbeziehungen herzustellen. Außerdem handele es sich auch darum, zu verhindern, daß viele Industrien in Amerika zugrunde gingen. Die Vereinigten Staaten können nicht auf ausländische Waren verzichten. Das sei kein Mittel der Welt bei der Wiederherstellung ihrer Industrie und ihres Handels zu helfen und sei auch kein Vorteil für die Vereinigten Staaten. Der Präsident würdigte die vom letzten Kongress geleistete Arbeit und kam auf das Budget zu sprechen. Ueber die den ausländischen Staaten geleisteten Zuschüsse sagte er: Die vollziehende Gewalt ist nicht in der Lage, die Frage der Schulden zu behandeln. Das bildet ein Hindernis für die schnelle Ordnung unserer Angelegenheiten mit unseren Schuldnern. Es ist Sache des Kongresses, der allgemeinen Politik der vollziehenden Gewalt in dieser Hinsicht seine Zustimmung zu erteilen, aber es gibt einzelne Probleme der Art, die und des Schutzes der amerikanischen Interessen die die vollziehende Gewalt nur mit Genehmigung des Kongresses in Angriff nehmen kann.

### Die Grundlagen des Irlandabkommens.

Die Entscheidung für Ulster vorbehalten.

Die britische Regierung hat nunmehr die Bedingungen der mit den Sinnfeinern getroffenen Regelung ver-

öffentlicht. Das Dokument enthält 18 Klauseln, deren erste bestimmt, daß Irland dieselbe Stellung einnehmen soll, wie die anderen Dominions des Britischen Reiches, mit einem Parlament, das die Vollmacht hat, Gesetze zu erlassen für den Frieden, die Ordnung und gute Regierung von Irland. Es erhält den Namen Irischer Freistaat. Der Eid, der von den Mitgliedern des Parlaments des Irischen Freistaates geleistet wird, lautet folgendermaßen:

Ich Schwöre feierlich Treue und Untertanengehorsam der Regierung des Irischen Freistaates und werde dem König Georg V. und seinen Erben und Nachfolgern treu sein kraft des gemeinsamen Bürgerrechts von Irland und Großbritannien und seiner Anhängerschaft und Mitgliedschaft in der Gruppe der Nationen, die das britische Gemeinwesen bilden. Von besonderer Bedeutung sind die

militärischen Bestimmungen, unter denen die Klausel 6 vorsieht: Bis eine Vereinbarung zwischen der britischen und der irischen Regierung getroffen ist, durch die der Irische Freistaat seine eigene Küstenverteidigung übernimmt, soll Großbritannien in Irland die Verteidigung zur See durch die Streitkräfte des Britischen Reiches übernehmen. — Klausel 7 bestimmt, daß die irische Regierung in Irland die Verteidigung der Küste und der Luftschifffahrt gewährt und bei Zwistigkeiten oder gespannten Beziehungen mit einer auswärtigen Macht alle Erleichterungen gewährt, die die britische Regierung verlangt. — Klausel 8 sieht vor: Wenn die Regierung des Irischen Freistaates eine militärische Verteidigungsmacht aufstellt, soll diese zur Militärmacht, die Großbritannien unterhalten wird, in keinem arbeitsfähigen Verhältnis stehen, als die Bevölkerung Irlands zur Bevölkerung Großbritanniens. — Klausel 9 bestimmt, daß die Häfen Großbritanniens und des Irischen Freistaates den beiderseitigen Schiffen offenstehen.

Die übrigen Vertragspunkte regeln das Verhältnis zu Ulster.

Klausel 12 besagt: Wenn innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes und Ratifizierung des Abkommens dem König von beiden Häusern des Ulsterparlamentes eine Adresse unterbreitet wird, die sich gegen das Gesetz richtet, sollen die Vollmachten der Regierung des Irischen Freistaates nicht auf Ulster ausgedehnt und eine Kommission ernannt werden, um die Grenzen gemäß den Wünschen der Bevölkerung festzulegen. Wenn keine derartige Adresse unterbreitet wird, wird das Ulsterparlament weiterhin die bestehenden Befugnisse erhalten. Über das Parlament und die Regierung des Irischen Freistaates sollen dieselben Befugnisse in Nordirland wie in Südirland ausüben bezüglich der Fragen, über die das Nordparlament augenblicklich keine Befugnisse hat. — Klausel 16 sieht vor, daß weder das Parlament des Irischen Freistaates, noch das Parlament von Nordirland irgendeine Stellung höheren Grades oder ihre freie Ausübung verhängen bzw. beschränken darf und daß das zur vorläufigen Verwaltung von Südirland unter dem Homeofficegesetz geschaffene Südirparlament einberufen wird. — Klausel 18 besagt, daß die Bedingungen von der britischen Regierung sofort dem Parlament zur Genehmigung und von den irischen Unterzeichnern dem Südirparlament unterbreitet werden, und daß die Bedingungen nach ihrer Genehmigung durch ein Gesetz ratifiziert werden.

### Fortgesetzte Plünderungen in Berlin

Der Oberbürgermeister empfängt die Plünderer.

Die neuen Berliner Plünderungen haben sich auch auf die Vororte ausgedehnt. Besonders arg haben die Plünderer in den nördlichen Villenorten gehaust, wo sie in die Villen eindringen und mitnehmen, was sie ergreifen konnten. Ueberall erschämen die Polizei zu spät, auch in der inneren Stadt; sonst hätten nicht 81 Geschäfte vollständig ausgeplündert werden können. Im Prenzlauer Viertel beklagen 18 Geschäftleute ihre gesamte Einrichtung, die von den Plünderern auf die Straße geschleift wurde. Große Erregung herrscht in bürgerlichen Kreisen gegen den (körperlichen) Oberbürgermeister Wolf, der die Deputation der Plünderer, die ihm offen ankündigte, die Erwerbslosen würden jetzt in den Straßen zur Selbsthilfe schreiten, rüch wieder abziehen ließ, ohne ihre sofortige Festnahme herbeizuführen. Erst darauf begannen die Massenplünderungen in der Dintenstraße und im Nordosten der Stadt.

Russen als treibende Kraft.

Unter den vorgestern in Berlin verhafteten Plünderern befanden sich wieder vier Russen.

zert  
8 Uhr  
a. Leipzig.  
v. Mändel.  
v. Mozart.  
schalkowsky,  
vorok,  
obert Fuchs.  
schalkowsky.  
sind noch  
und Milster.  
fsbund.  
eater  
enda,  
nd 1/5 Uhr  
hule.  
2 Mk.  
im Vorver-  
am Eingang.  
ter  
erstr 15  
achfene  
elkunst  
enne  
g. Carlfen.  
rich Peer,  
jobreiter  
arsteller.  
eb".  
berkmeister.  
Saubred,  
b and. m.  
r Wille  
inn 6 und  
Erwochfene.  
ling  
gnts, findet  
efabrik.  
Tageblatt.  
n,  
a, II links.  
tt  
er später ge-  
besitzer,  
berg-Hallen.  
erung!  
ter von jung.  
ter W. T. 7866  
eine u. große  
resse  
bant  
7366" an